

POLEN

# Der dritte Zwilling



Wer steht für Recht, wer für Gerechtigkeit? Die Zwillinge Lech und Jaroslaw Kaczynski von der regierenden PiS. (Bildmontage: woxx)

**Nach den Wahlen organisiert Lech Kaczynski seine Unterstützung im Parlament. Dabei wendet er sich vor allem der populistischen Rechten zu.**

Andrzej Lepper wird Polens "dritter Zwilling". Diesen Titel verlieh das polnische Nachrichtenmagazin Polityka vergangene Woche an den Anführer der radikalen Bauernpartei Samoobrona (Selbstverteidigung). Der wiederholt wegen Politikerbeleidigung und Straßenblockaden verurteilte Rechspopulist genießt das Vertrauen der eineiigen Zwillinge Lech und Jaroslaw Kaczynski von der Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) und wurde jüngst zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten gewählt. Mit Leppers Hilfe wollte der von den Kaczynski-Brüdern ins Spiel gebrachte Kazimierz Marcinkiewicz (PiS) am Donnerstag die Vertrauensfrage im Parlament gewinnen (Abstimmungsergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor) und wäre damit neuer polnischer Ministerpräsident. Dadurch wäre dann auch die PiS-Minderheitsregierung legitimiert. Die zugesicherte Unterstützung durch den Populisten

kratzt zwar etwas am Saubermann-Image der Kaczynskis, verschafft aber Lech als künftigem Staatspräsidenten und Jaroslaw als Parteichef mehr Macht, da sich ihre Partei die Regierungsverantwortung nicht mit einem gleichstarken Partner teilen muss. Ursprünglich wollten die Kaczynskis die Regierung gemeinsam mit der rechtsliberalen Bürgerplattform (PO) bilden, die mit 24,1 Prozent fast so viele Stimmen erhielt wie die PiS (27 Prozent). Doch die Koalitionsverhandlungen scheiterten trotz eines Vermittlungsversuchs des Danziger Erzbischofs. Dieser hatte die führenden Politiker beider Parteien in seiner Residenz an einen Tisch geholt. Jaroslaw Kaczynski lehnte die Bedingungen der PO für eine Koalition jedoch ab. Der Vorsitzende der PO, Donald Tusk, der bei der Präsidentenwahl am 23. Oktober überraschend deutlich unterlegen war, hatte verlangt, dass Jaroslaw

Premierminister wird. Lepper hingegen solle aus dem Parlamentspräsidium fliegen. Die PiS trumpfte bereits bei der Wahl der Präsidien beider Parlamentskammern, des Sejm und des Senats, groß auf. Während sie die Kandidaten der PO durchfallen ließ, belohnte sie Lepper mit dem Posten des stellvertretenden Parlamentspräsidenten des Sejm. Für die PO war offenbar lediglich die Rolle des Sündenbocks vorgesehen, der verhindere, dass die ohnehin kaum bezahlbaren Wahlkampfversprechen der PiS verwirklicht würden. Die Ministerien für Arbeit und Wirtschaft wollte sie den Rechtsliberalen zuschanzen und selbst für das Justizressort zuständig sein. Ein Kommentator des konservativen Wochenmagazins Wprost warnte die PO, eine Koalition mit der PiS komme einem "spektakulären Selbstmord" gleich.

## Beschädigtes Saubermann-Image

Die Kabinettsposten, die ursprünglich von Abgeordneten der PO übernommen werden sollten, vergab die PiS an parteilose Fachleute. Außenminister wurde der bisherige Botschafter in Moskau, Stefan Meller. Der Historiker wurde als Sohn jüdischer Emigranten in Frankreich geboren, wo sein Großvater im Konzentrationslager von Drancy bei Paris starb. Im Jahr 1968 hatte Meller, der mittlerweile in Polen lebte, während einer von der damaligen Regierung gesteuerten antisemitischen Kampagne seine Arbeit am Institut für internationale Beziehungen verloren. Mitte der neunziger Jahre sowie in den Jahren 2001 und 2002 bekleidete er dann den Posten des stellvertretenden Außenministers.

Da die PO und die sozialdemokratische SLD bereits im Vorfeld angekündigt hatten, dass sie in der Vertrauensfrage gegen Marcinkiewicz stimmen werden, war die PiS-Minderheitsregierung jedoch nicht nur auf Leppers Samoobrona angewiesen, die mit 11,4 Prozent der Stimmen als drittgrößte Fraktion ins Parlament einzog. Mindestens eine weitere kleine Partei musste der Regierung ihren Segen geben. Und die war schließlich in der rechtsextremen Liga Polnischer Familien (LPR) gefunden, die ebenfalls angekündigt hatte, für Marcinkiewicz zu stimmen. Die LPR war bei den Parlamentswahlen auf acht Prozent gekommen. Erst in der vergangenen Woche sorgte die streng katholische und nationalistische Partei wieder einmal für einen Skandal. Das dem Axel-Springer-Konzern gehörende Boulevardblatt Fakt veröffentlichte Fotos, auf denen junge Partei-

mitglieder den Hitlergruß zeigten, unter ihnen auch ein Abgeordneter. Der Parteivorsitzende Roman Giertych spielte die Vorfälle, die teilweise fünf Jahre zurückliegen, zunächst herunter. Dieser Gruß sei vor dem Krieg auch in Polen üblich gewesen, ließ er verlauten. Mittlerweile kündigte er jedoch "Konsequenzen" an. Auch mit antisemitischen Ausfällen wartet die LPR auf. Als Leon Kieres, der Leiter des "Instituts des Nationalen Gedenkens", der für die Aufarbeitung des Pogroms gegen Juden in Jedwabne verantwortlich ist, im Frühjahr 2002 seinen Rechenschaftsbericht vorlegte, nannte ihn ein LPR-Abgeordneter einen "Judenknecht". Er forderte ihn sogar auf, die Hosen herunterzulassen und zu beweisen, dass er ein "echter Pole" sei.

## Unterstützung durch Rechtsextreme

Samoobrona-Chef Lepper machte für seine Zustimmung zur PiS-Regierung Verhandlungen mit der EU über eine Erhöhung der Agrarsubventionen zur Voraussetzung. Eine weitere Bedingung waren höhere staatliche Sozialleistungen. Auf beide Forderungen ging Marcinkiewicz bislang nicht ein. Erfüllt hat die PiS dagegen den Wunsch der Samoobrona nach mehr politischer Macht. Die Parlamentsabgeordneten machten zwei Angehörige der Bauernpartei zu Richtern am Verfassungsgerichtshof. Umstritten ist vor allem Leppers Wahl zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten. Vor vier Jahren hatte er dieses Amt schon einmal übernommen. Er wurde aber gleich wieder abgewählt, weil er den damaligen Außenminister Wlodzimierz Cimoszewicz eine "Kanaille" nannte – wegen eines angeblich schlechten Ergebnisses nach Verhandlungen mit der EU. Spektakuläre Protestaktionen sind für Lepper, der 1979 der

Kommunistischen Partei beitrat, schon lange Routine. Im Oktober 1991 belagerte er wochenlang mit seinen Anhängern das Parlament in Warschau. Damals entstand auch seine Bauernorganisation Samoobrona. Drei Jahre später verbrachte der ehemalige Direktor einer Kolchose mehrere Wochen in Untersuchungshaft, nachdem seine Mitarbeiter einem Verwalter einer Gärtnerei in Nordpolen den Kopf kahl geschoren und ihn ausgepeitscht hatten. Mit konzertierten Straßenblockaden legte Samoobrona Ende der neunziger Jahre tagelang den Grenzverkehr lahm, um Lebensmittelimporte aus der EU zu verhindern. Zum Schaden der PiS war das Gezerre um die Regierungsbildung jedoch nicht: Laut einer am Freitag veröffentlichten Umfrage ist die Partei mit 33 Prozent derzeit noch populärer als bei der Parlamentswahl selbst.

Oliver Hinz

Oliver Hinz hat sich für seinen Studienabschluss mit den deutsch-polnischen Beziehungen beschäftigt.

